

Ayad Al-Ani
ÜBERLEGUNGEN ZUR EFFIZIENZSTEIGERUNG DES
ÖFFENTLICHEN SEKTORS IN ENTWICKLUNGS-
LÄNDERN - DIE NUTZBARMACHUNG VON
WIDERSPRUCH ALS KONKURRENZERSATZ

Einleitung

Ziel dieses Aufsatzes ist es, Möglichkeiten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors in Entwicklungsländern darzustellen. Maßnahmen zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung und Betriebe müssen als Kernstück einer entwicklungstheoretischen Diskussion verstanden werden, welche sich mit dem optimalen Ausmaß des staatlichen Sektors beschäftigt. Denn nur dort, wo das betreffende Land "die Kunst der öffentlichen Verwaltung gelernt hat", erkannte W. A. Lewis (1956: 87), bekannter Entwicklungstheoretiker der 50er und 60er Jahre, "verdient die Frage der relativen Vorzüge der Privatunternehmung oder der öffentlichen Verwaltung eine ernsthafte Erörterung" (ebd.).

Hier soll auf die Diskussion über die Rolle des Staates im Entwicklungsprozeß nicht weiter eingegangen werden, sondern das analytische Interesse auf die Frage gelenkt werden, welche Mechanismen angewendet werden können, um einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor zu gewährleisten.

Reaktionen auf Leistungsabfall in Institutionen - die Konzepte der Abwanderung und des Widerspruchs

In jedem wirtschaftlichen, sozialen oder politischen System kommt es immer wieder vor, daß Individuen, Unternehmungen oder sogar Staaten von den Normen effizienten, rationalen Verhaltens abweichen. So vortrefflich auch die Institutionen einer Gesellschaft angelegt sein mögen, es muß schon allein aus zufallsbedingten Gründen dazu kommen, daß die Leistungen einiger Akteure nicht immer den Anforderungen entsprechen.

Der folgende Gedankengang, der die möglichen Reaktionsweisen auf einen Leistungsabfall aufzeigen will, konzentriert sich auf ein Unternehmen, das Leistungen für Kunden produziert, welche diese käuflich durch eine Geldleistung erwerben.

Im Fall eines angenommenen Leistungsabfalls einer Unternehmung kann es zu folgenden Reaktionen der Kunden kommen:

- A) Eine Anzahl von Kunden hört auf, die "Erzeugnisse der Firma zu kaufen, bzw. eine Anzahl von Mitgliedern tritt aus der Organisation aus: dieses ist die *Reaktionsweise Abwanderung*". (Hirschman 1974: 3 f.) Aufgrund der Abwanderung ist die Unternehmensleitung gezwungen, nach Mitteln und Wegen zur Beseitigung des Leistungsabfalls zu suchen, will sie aufgrund des Einkommens und/oder Mitgliederverlustes nicht in Existenzbedrohung geraten.
- B) Die Kunden bzw. die Mitglieder der Unternehmung "geben ihre Unzufriedenheit kund, und zwar auf direktem Wege bei der Unternehmensleitung (...) oder bei einer anderen Stelle, der diese untersteht, oder aber auf dem Weg eines allgemeinen Protestes (...)" (ders. 1974: 4). Das ist die *Reaktionsweise Widerspruch*. Ähnlich wie bei der Abwanderung ist auch hier die Unternehmensleitung genötigt, nach der Quelle der Unzufriedenheit der Kunden bzw. Mitglieder zu suchen, will sie den Unmutsäußerungen entgegenwirken.

Beide Reaktionsweisen führen also dazu, daß Abweichungen von effizientem Verhalten bei Unternehmen ein korrigierender Druck der Kunden und Mitglieder entgegengestellt wird, den die Unternehmensleitung beherzigen muß, will sie nicht den Bestand ihrer Organisation gefährden.

In den weiteren Ausführungen soll nun der Betrachtungsschwerpunkt auf die Frage gelenkt werden, ob sich die dargestellten Reaktionsweisen auf den öffentlichen Sektor der Entwicklungsländer anwenden lassen.

Auswirkungen von Abwanderung und Widerspruch auf die Effizienz des öffentlichen Sektors in Entwicklungsländern

Zunächst soll der mögliche Effekt der Abwanderung auf den Leistungsabfall öffentlicher Unternehmen dargestellt werden. Ein vorherrschendes Merkmal des öffentlichen Sektors ist die meist fehlende Existenzbedrohung staatlicher Leistungsträger (vgl. Reichard 1987: 148; Israel 1987: 100). Defizite staatlicher Organisationen werden in der Regel durch das Budget ausgeglichen. Kommt es zur Abwanderung unzufriedener Kunden und damit zu Einkommensverlusten für das Unternehmen, ist der Druck zu effizienzwiederherstellenden Maßnahmen geringer, da die Verluste durch staatliche Transfers gemildert bzw. getilgt werden können.

Eine andere Besonderheit des öffentlichen Sektors in Entwicklungsländern ist es, daß Konkurrenz anderer Unternehmen, welche die Abwanderung unzufriedener Kunden ermöglichen, häufig nicht anzutreffen ist. Dies ist damit zu begründen, daß der öffentliche Sektor zum Teil Leistungen erstellt, die für potentielle private Konkurrenten als nicht gewinnträchtig gel-

ten (sog. "öffentliche Güter"). Außerdem ist das private Unternehmertum in den Entwicklungsländern häufig nur spärlich vorhanden. Wenn private Alternativen Abwanderung erlauben, sind sie meist auch teurer, weil im Gegensatz zu staatlichen Anbietern der Private seine Leistungen nicht durch Subventionen verbilligen kann. Der Kunde des öffentlichen Sektors in den Entwicklungsländern ist also häufig "gefangen" in dem Sinne, daß eine Abwanderung zu Konkurrenten nicht möglich ist.

Die Wirksamkeit der Reaktionsweise Abwanderung auf die Effizienz des öffentlichen Sektors ist aber auch deshalb von begrenztem Ausmaß, weil Abwanderung in Verbindung mit Widerspruch dazu führen kann, daß staatliche Unternehmen Konkurrenz bzw. Abwanderung begrüßen werden, weil sie dadurch von Protesten unzufriedener Kunden verschont bleiben. Diese besonderen Aspekte der Verbindung von Abwanderung und Widerspruch gilt es nun näher darzustellen.

Aufgrund der oben dargestellten Merkmale des öffentlichen Sektors - nämlich mangelnde Existenzbedrohung und Monopolstellung - mag es opportun erscheinen, staatliche Leistungsträger, soweit möglich, dem Konkurrenzmechanismus zu unterwerfen. Dadurch werden Abwanderungsmöglichkeiten für unzufriedene Kunden geschaffen. Die durch Abwanderung defizitär gewordenen Betriebe sollten dann als Konsequenz geschlossen werden (vgl. z.B. Weltbank 1983: 102; UN 1989: 54).

Die Weltbank (1988: 113) etwa fordert, das Monopol des Staates im Transportsektor abzuschaffen, da private Unternehmer in diesem Bereich viel effizienter arbeiten können.

Anhand des von Hirschman (1974) dargestellten Beispiels der nigerianischen Eisenbahn darf aber bezweifelt werden, ob eine solche Vorgangsweise erfolgversprechend ist. Es erschien Hirschman lange Zeit unerklärlich, warum die staatliche Eisenbahn trotz Konkurrenz durch private Lastwagen derart schlechte Leistungen geboten hatte (1974: 37). Die Erklärung, die er daraufhin vorschlug, lautet:

"Das Vorhandensein einer leicht zugänglichen Alternative zur Eisenbahn macht es nicht mehr, sondern weniger wahrscheinlich, daß man die Schwächen der Bahn bekämpfen wird." (ebd.)

Nach Hirschman wurde durch die Einführung privater Konkurrenz folgender Vorgang ausgelöst:

Durch das Konkurrenzangebot kam es zu einer Abwanderung von Kunden, denen an der Qualität des Produktes am meisten gelegt ist. Bei diesen Kunden, die von Hirschman als die aktivsten und schöpferischsten Träger des Widerspruchs bezeichnet werden, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß sie im Fall einer Qualitätsverschlechterung als erste abwandern werden und somit die Organisation nicht mehr durch Widerspruch unter Druck setzen werden (1974: 39).

Für die nigerianische Eisenbahn war diese Verbindung von Abwanderung und Widerspruch in Hinblick auf ihr Leistungsniveau besonders schädlich:

"Der Abwanderung fehlte die sonst übliche aufmerksamkeitssteigernde Wirkung, weil die Verringerung der Einkünfte für das Unternehmen keine katastrophalen Folgen hatte, während der Widerspruch so lange nicht zur Geltung kommen konnte, als daß die potentiell stärksten Kunden als erste von der Schiene zur Straße abwanderten." (1974: 38)

Hirschman glaubt, daß diese oftmals unheilvolle Verbindung der beiden Reaktionsweisen der Grund dafür ist, daß öffentliche Unternehmen gerade in jenen Sektoren am schwächsten sind, wo sie der Konkurrenz unterliegen (1974: 37).

Für Kunden, die sich keine private Schulbildung, Gesundheits-, Transportdienste leisten können, die also im öffentlichen Sektor gefangen sind, ergibt sich aus dem Konkurrenzmechanismus keine Verbesserung ihrer Lebensqualität. Es ist im Gegenteil sogar eine Verschlechterung des staatlichen Leistungsniveaus denkbar. Dies deshalb, weil die Träger des Widerspruchs, die korrigierenden Druck ausüben können, abwandern werden.

Zusammenfassend läßt sich also die Effizienz der Reaktionsweise Abwanderung auf den Leistungsabfall öffentlicher Leistungsträger eher negativ beurteilen. Das Vorhandensein von Abwanderungsmöglichkeiten muß nicht zur Wiederherstellung effizienter Leistungsnormen führen. Dies deshalb, weil Einkommensverluste für staatliche Unternehmen oft keine große Wirkung haben; sie werden meist über das Budget wieder ausgeglichen. Eine ander Einschränkung widerfährt der Wirksamkeit der Abwanderung auch dadurch, daß in vielen Bereichen des öffentlichen Sektors Konkurrenz durch Private kaum möglich ist, da hier keine Profite erwirtschaftet werden können. Schließlich wurde auch darauf hingewiesen, daß Abwanderung den Widerspruch schwächen kann und somit für "gefangene" Kunden, die nicht abwandern können, eher eine Verschlechterung bedeuten kann.

Es erscheint deshalb als die naheliegendste Lösung, die Effizienz des öffentlichen Sektors dadurch zu verbessern, daß Kunden und Mitgliedern die Möglichkeit von Widerspruch eingeräumt und somit ein Konkurrenzersatz (competition surrogate) geschaffen wird, der effizienzsteigernd wirken kann (vgl. Israel 1987: 98; Weltbank 1983: 99).

Die Vorteile des Widerspruchs gegenüber der Abwanderung können wie folgt zusammengefaßt werden:

Widerspruch ist auch dann wirksam, wenn der durch den Leistungsabfall entstandene Verlust für das Unternehmen durch den Staat wieder ausgeglichen wird. Widerspruch wird in diesem Fall zur einzigen Reaktionsmöglichkeit für gefangene Kunden bzw. Mitglieder, da Abwanderung kein

Druckmittel zur Effizienzsteigerung mehr ist. Wenn Einkommensverluste für die Unternehmensleitung unerheblich sind, weiß diese vom Staat neutralisiert werden, besteht für die Betroffenen nur noch die Alternative, ihren Unmut durch Widerspruch zu äußern.

Widerspruch ist als Reaktionsweise auf den Leistungsabfall auch dann praktikabel, wenn Abwanderung aufgrund fehlender Konkurrenzanbieter oder mangelnder Finanzmittel für die Kunden nicht möglich ist. Prinzipiell steht Widerspruch also den im öffentlichen Sektor gefangenen Kunden und Mitgliedern als Druckmittel gegen den Leistungsabfall auch in jenen Leistungsbereichen des Staates offen, wo es keine Abwanderung geben kann.

Im folgenden Abschnitt soll der Analyseschwerpunkt von der abstrakten Ebene hin zu einer konkreteren Darstellung der Wirkungsweise von Widerspruch verlagert werden.

Effizienzsteigerung des öffentlichen Sektors durch die Nutzbarmachung von Widerspruch als Konkurrenzersatz

Besonderes Gewicht erfährt dem Konzept des Widerspruchs in der Diskussion über eine Strategie zur Reform der Verwaltung in den Entwicklungsländern. So ist etwa für Illy und Kaiser (1985: 29 f.) "Verwaltungsförderung auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe (...), d.h. erweitert werden muß um eine zusätzliche Perspektive: Stärkung der Menschen, die von der Verwaltung betroffen sind, bzw. die an sie legitime Ansprüche stellen". Und weiter: "Wenn es gelingt, durch Informationen, Aufklärung und Motivation die breite Bevölkerung im Umgang mit der Verwaltung einzubringen, wird diese der öffentlichen Kritik unterzogen, unter Leistungszwang gesetzt und letztlich auch in ihrem Privilegierungsgrad beeinträchtigt." (Hervorhebung A. A.)

Ein noch konkreterer Ansatzweg für die Anwendung von Widerspruch wird von Oberndörfer (1982: 455) dargestellt. Er plädiert dafür, daß dem einzelnen im Rahmen der öffentlichen Verwaltung mehr Raum für Kritik bzw. Widerspruch eingeräumt wird: "Die für die Entwicklungsländer typischen autoritären politischen Kulturen und Strukturen können langfristig nur aufgebrochen (...) werden, wenn das politische System gerade im Bereich der Verwaltung demokratisch organisiert wird. Dies bedeutet Dezentralisierung und Kontrolle der Verwaltung durch die Bevölkerung."

Durch die Einführung eines "Wahlbeamten" (ebd.) und durch Patronage kann Druck auf die zuständigen Stellen im öffentlichen Sektor, die "parent ministry" (Wilson 1988: 190), ausgeübt und somit der Widerspruch gestärkt werden. Durch die Entsendung von politischen Vertretern könnte die

Reaktionsweise Widerspruch auf eine viel effektivere Ebene gehoben werden. Widerspruch wird dann nicht mehr nur von Kunden geäußert, welche sich häufig nur schwer organisieren können, sondern auch von ihren politischen Vertretern, die Mitglieder des öffentlichen Sektors sind und deshalb sehr viel gezielter Einfluß nehmen können.

Obwohl sich die hier aufgezeigten Ansätze nur auf einzelne Bereiche beschränken, wird erkennbar, wie umfangreich, komplex und politisch die Reaktionsweise Widerspruch ist. Im folgenden Abschnitt soll das Augenmerk darauf gerichtet werden, welche möglichen Komplikationen mit der Verwirklichung des Widerspruchskonzeptes in Entwicklungsländern einhergehen können.

Residuale Faktoren bei der Implementierung von Widerspruch

Eine Einschränkung erfährt die Nutzung von Widerspruch insofern, als dieser Reaktionsmechanismus in der Wirtschaftswissenschaft noch relativ unerforscht ist; es gibt daher keine abrufbaren, für die Entwicklungsländer anwendbaren strukturellen Konzeptionen in diesem Bereich.

Der Grund für die "Betriebsblindheit" der Ökonomie auf diesem Gebiet beruht vor allem darauf, daß sich diesbezügliche Überlegungen mehrheitlich auf den Mechanismus der Abwanderung als einzige Reaktionsweise auf Leistungsabfall beschränken. Widerspruch kann man etwa laut Friedman (1984: 122) nur durch "umständliche politische Kanäle zum Ausdruck bringen", und er gehört daher mehr in das Feld der Politikwissenschaft.

Die Überzeugung, daß außerhalb des Marktes wirkende Kräfte nicht weniger automatisch arbeiten können als der Marktmechanismus, wird von nur wenigen Autoren vertreten (vgl. z.B. Hirschman 1967: 59; Arrow 1983: 947).

Dadurch, daß Widerspruch ein politischer Prozeß ist, werden auch ganz andere Probleme offenkundig. Klar erkennbar ist, daß Widerspruch dann am wirksamsten ist, wenn der durch ihn erzeugte Druck einen intensiven und homogenen Charakter hat (Israel 1987: 95). Andererseits ist aber feststellbar, daß die Masse der unterprivilegierten Bevölkerung in den Entwicklungsländern meist ethnisch und sozial heterogen ist (Schmidt-Relenberg et al. 1981: 281; Krippendorff 1982: 173). Erschwerend kommt in diesem Zusammenhang hinzu, daß die ärmeren Schichten kaum die Entstehungskosten einer Interessenvertretung tragen können (zur Frage der Entstehung von Sonderinteressengruppen vgl. Olsen 1965: 15 ff.). Vieles spricht also dafür, daß es nicht die hilfsbedürftigen Bevölkerungsschichten sind, die sich organisieren können, um effizienzsteigernden Druck auszuüben. Vielmehr werden es die privilegierten Bevölkerungsgruppen sein,

die sich gegenüber dem öffentlichen Sektor durchsetzen und so ihre Situation verbessern werden können.

Dies führt dazu, daß der Staat Ressourcen vornehmlich zur Befriedigung dieser Gruppen verwendet und die marginalisierten Schichten nicht berücksichtigt werden. So beobachtete Stavenhagen (1974: 292 ff.), daß im Rahmen von Agrarmodernisierungsmaßnahmen in Afrika und Lateinamerika vor allem die privilegierten Ländoligarchien und Mittelbauern gefördert wurden, daß aber in Afrika etwa "die große Masse der ländlichen Bevölkerung auch weiterhin der Subsistenzwirtschaft verhaftet bleibt (...)" (ders. 1974: 96). Solange das Widerspruchspotential großer Teile der Bevölkerung nur schwer aktivierbar ist, besteht also die Gefahr, daß eher kleine privilegierte Gruppen an den öffentlichen Sektor herantreten und ihn für ihre Interessen nutzen (vgl. Israel 1987: 95; ILO, 1976: 72 ff.). Das Konzept des Widerspruchs wird demnach also nur dann erfolgreich sein können, wenn es von einem möglichst großen Teil der Bevölkerung getragen wird.

In diesem Zusammenhang wird allerdings ein weiteres Problem erkennbar, nämlich das der möglichen politischen Implikationen, welche mit der Implementation eines breitenwirksamen Widerspruchskonzeptes einhergehen können.

Die politischen institutionellen Regelmechanismen in den Entwicklungsländern sind meist nur sehr schwach ausgeprägt (political gap). Ein großes Ausmaß an politischer Partizipation wird deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Instabilitäten im Herrschaftssystem führen (vgl. Huntington 1968: 53 ff.). In einem solchen Fall wird die betreffende Regierung alles tun, um den Widerspruch zu beenden, selbst wenn dann seine effizienzsteigernde Wirkung ausbleibt.¹

So beobachtete Schmidt-Relenberg et al. (1981: 268) etwa, daß Interessenorganisationen von Barriobewohnern in Venezuela mit massivem Polizeieinsatz unterdrückt werden. Auch der Mangel an Pressefreiheit in den meisten Entwicklungsländern ist in diesem Zusammenhang zu verstehen. Ein anderes, oft angewendetes Mittel zur Eindämmung von Widerspruch ist die von Regierungen über widerspruchsbereite Individuen und Gruppen verfügte Abwanderung in das Ausland. Das von allen lateinamerikanischen Staaten so großzügig gewährte Recht auf Asyl könnte man beinahe als ein "Kartell zur Beschränkung des Widerspruchs" auffassen (Hirschman 1974: 51). Eine noch deutlichere Veranschaulichung bildet ein kolumbianisches Gesetz, nach dem ehemalige Staatspräsidenten, wenn sie im Ausland lebten, den gleichen Betrag in US-Dollars ausbezahlt bekamen, den sie bei ihrem Verbleib im Land in kolumbianischen Pesos bekommen hätten (ebd.).

Aus all dem ergibt sich, daß das Prinzip des Widerspruchs in den politischen Systemen der Entwicklungsländer wahrscheinlich desto eher durchsetzbar ist, je weniger die Legitimation der Regierung Ziel des Widerspruchs ist.

Daß dies ein schwieriges Unterfangen ist, da in den Entwicklungsländern eine klare Trennung von Ökonomie und Politik nicht anzutreffen ist, liegt auf der Hand.

Ein weiterer, oft residualer Faktor bei der Einführung von Widerspruch als disziplinierendes und effizienzsteigerndes Instrument ist der kulturelle Kontext.

In Gesellschaften, in denen Protest- und Interessenartikulation keine traditionellen Werte darstellen, wird ein Großteil des Unmuts über das staatliche Leistungsniveau wohl über die Abwanderung Ausdruck verliehen, solange kontingente Widerspruchsmechanismen und -institutionen noch nicht gesellschaftlich verankert sind (Israel 1987: 99).

So ist es etwa ein vielbeobachtetes Phänomen in den Entwicklungsländern, daß die Reduzierung zentraler Machtpositionen und die Errichtung von Freiräumen für Widerspruch bzw. lokale Partizipation auch auf Widerstände in der Werthaltung der Zielgruppen stoßen können (Illy, Kaiser 1985: 15).

So verweist auch Mowhood (1974: 21) darauf, daß im Gegensatz zu Ländern des tropischen Afrika, in Indien und Pakistan religiöse Einstellung, soziale Schichtung, Produktionsformen und die obrigkeitstaatliche Tradition eher eine weiträumige Planung, distanzierte Verwaltungsstrukturen und eine zentralisierte Entscheidungsfindung favorisieren.

Daraus läßt sich schließen, daß die Implementierung von Widerspruch dann am einfachsten voranschreiten wird, wenn dieses Konzept schon traditionelle Wurzeln in der jeweiligen Gesellschaft hat.

Hier sei aber noch festgehalten, daß die oft extrem ausgeprägte Autoritätshörigkeit und mangelnde Partizipation in den Entwicklungsländern meist weniger mit traditionellen Werten zu tun hat, als mit der ökonomischen Schwäche dieser Länder.

So läßt Reichard (1982: 4) dann auch die Frage offen, "(...) whether the authority orientation of workers in developing countries is higher because of cultural traditions or because workers must accept the authority of their superiors because of the economic situation".

Schlußbemerkung

Widerspruch, so die These dieses Aufsatzes, ist die einzige Reaktionsweise auf den Leistungsabfall des öffentlichen Sektors in Entwicklungslän-

dern, die es ermöglicht, die Effizienz des Staates auch in jenen Bereichen sicherzustellen, in denen Abwanderung bzw. private Konkurrenz nicht möglich ist.

Widerspruch kann vielfältige Formen annehmen; Konsumentenschutzorganisationen, Interessenvertretungen, Parteien, Aufsichtsräte, um nur einige zu nennen. Vermittels dieser Instrumente erlangt der vom Leistungsabfall Betroffene die Möglichkeit, seinen Unmut zu äußern und Druck auf die verantwortlichen Stellen auszuüben. Ist der Druck ausreichend und wohlplaziert, wird er dazu führen, daß korrigierende, effizienzsteigernde Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Institutionalisierung von Widerspruch trifft in den Entwicklungsländern aber auch auf mannigfaltige Schwierigkeiten. Schwach ausgeprägte Konfliktregelungsmechanismen, kulturelle Barrieren und Sicherheitsbedürfnisse von Regierungseliten engen die Wirksamkeit von Widerspruch ein.

Eine allgemeingültige Lösung für die aufgezeigten Probleme kann es aufgrund der Heterogenität der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit nicht geben. Die hier dargestellte, nur rudimentär ausgebildete These über die effizienzsteigernde Wirkung von Widerspruch kann deshalb auch nicht mehr sein als ein Beitrag, der im Rahmen eines dialektischen Prozesses Lösungsmöglichkeiten benennen will.

ANMERKUNG

¹ So scheiterten etwa die arabischen Verwaltungsreformen aufgrund des Konfliktes, den sie im politischen Machtsystem verursacht hatten (L. Ashour 1987: 51).

LITERATUR

- Arrow, K., "Uncertainty and the Welfare Economics of Medical Care". American Economic Review, Vol. 53, Dec. 1963.
- Ashour, A. S., "Administrative Reform in the Arab Countries: a Search for Strategy". In: Administrative Reform in the Arab World. Ed. N. S. Saigh, Amman 1987.
- Friedman, M., Kapitalismus und Freiheit, Berlin 1984.
- Hirschman, A. O., Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967.
- Hirschman, A. O., Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf den Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten, Tübingen 1974.
- Huntington, S. P., Political Order in Changing Societies, New Haven 1967.
- Israel, A., Institutional Development, Washington D. C. 1987.
- Illy, H. F. und H. Kaiser, Entwicklungsverwaltung: Wandel im Selbstverständnis eines Forschungsbereiches, Speyer 1985.

ILO, Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse. Ein weltweites Problem, Genf 1976.

Olsen, M., The Logic of Collective Action, Cambridge (Mass.) 1965.

Krippendorff, E., Internationales System als Geschichte, Frankfurt/M. 1982.

Lewis, A. W., Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen 1956.

Mowhood, P., Negotiating from Weakness: The Search for a Model of Local Government in the Countries of the Third World. In: Planning and Administration. Vol. 1, No. 1, 1974.

Oberndörfer, D., Politik und Verwaltung in der Dritten Welt. Überlegungen zu einer neuen Orientierung. In: Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft. Hrsg. J. J. Hesse, Opladen 1982.

Olsen, M., The Logic of Collective Action, Cambridge (Mass.) 1965.

Reichard, Ch., Sociocultural Influences in Management Concepts, Colombo 1982.

Reichard, Ch., Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung, Berlin 1987.

Schmidt-Relenberg, N. (et al.), Selbstorganisation von Barrio-Bewohnern und ihre Auseinandersetzung mit dem Staat. In: Staat und Entwicklung. Hrsg. R. Harnisch und R. Tetzlaff, Berlin 1981.

Stavenhagen, R., Agrarische Strukturen und Unterentwicklung in Afrika und Lateinamerika. In: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Hrsg. D. Senghaas.

UN, Role and Extent of Competition in Improving the Role of Public Enterprises, New York 1989.

Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1983, 1988, Washington D.C. 1983, 1988.

Wilson, E. Patterns of Public Enterprise Control. In: Public Enterprise, Vol. 8, No. 2, 1988.

Ayad Al-Ani, Cottagegasse 19b/8, A-1180 Wien

Journal für Entwicklungspolitik 2, 1990, S. 81 - 85

Steffen Flechsig

UMWÄLZUNGEN IN OSTEUROPA, DEUTSCHE EINHEIT UND WAS WIRD AUS DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN?

Die tiefen Veränderungen in Osteuropa und die Perspektive der Vereinigung beider deutscher Staaten sind in der historischen Reichweite nur noch mit den Umbrüchen im Ergebnis der beiden Weltkriege vergleichbar. Sie haben globale Auswirkungen, tangieren über die Ost-West-Beziehungen hinaus auch die Nord-Süd-Beziehungen und die Entwicklungsländer. Sie finden ein nachhaltiges, differenziertes, von Erwartungen, aber auch zunehmend von Sorgen und Bedenken geprägtes Echo in der Entwicklungsumwelt, einschließlich unter Menschen beider deutscher Staaten, die sich für die Dritte Welt engagieren.

Die zentrale Frage ist die nach den Chancen für die Überwindung von Unterentwicklung und ein menschenwürdiges Dasein für die Milliarden von Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika, die heute zwei Drittel der Weltbevölkerung ausmachen und deren Armut und Verelendung zu einer der großen Herausforderungen der Menschheit am Ende des 20. Jahrhunderts eskaliert. Leider spielen die weltweiten Entwicklungen, insbesondere die Dritte-Welt-Problematik, und ihre Zusammenhänge mit unserer Lebensweise in den Programmen der meisten DDR-Parteien bisher nur eine untergeordnete Rolle. Die öffentliche Diskussion in der DDR wie auch die in der BRD vernachlässigt den Blick auf den Süden, auf die Zwei-Drittel-Welt, und das zu einem Zeitpunkt, da die weitere Existenz der Menschheit nur noch als Eine Welt für Alle gesichert werden kann.

Die Hoffnungen der meisten Menschen in der DDR richten sich auf die kapitalistische Marktwirtschaft und den Konsumstandard der Bundesrepublik, die meisten Menschen in der BRD hängen an der Bewahrung ihrer "privilegierten Konsumgesellschaft" und ihrer marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnung. Dabei wird in beiden Fällen übersehen, daß dasselbe Wirtschaftssystem, das angesichts des Scheiterns des "realen Sozialismus" in Europa als der vermeintliche Sieger und Hoffnungsträger der Geschichte angesehen wird, für weltweite Armut und Naturzerstörung vor allem in der Zwei-Drittel-Welt in hohem Maße mitverantwortlich zeichnet und gerade in den 80er Jahren eine gefährliche Marginalisierung und Entkopplung dieser Länder von der Weltwirtschaft bewirkte.

Es wird verkannt, daß vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden globalen Probleme der Menschheit nicht in gleicher Weise dieselben Produk-

tions- und Konsumverhältnisse und -strukturen der führenden westlichen Länder auf eine beliebige Anzahl von Ländern der Welt ausdehnbar sind und das vielmehr Prozesse der Selbstbeschränkung, vor allem in der BRD, eingeleitet werden müssen.

In der gegenwärtigen historischen Umbruchssituation, in der sich alle Koordinaten für politisches Denken und Handeln verschieben, ist "business as usual" nicht mehr möglich. Zwingender denn je sind theoretische Konzepte und gesellschaftspolitische Alternativen erforderlich, nicht nur zum gescheiterten "realen Sozialismus", sondern auch zur "privilegierten Konsumgesellschaft" der kapitalistischen Hauptländer und vor allem zur bisherigen abhängigen, mehrheitlich marktwirtschaftlich-kapitalistisch orientierten nachholenden Entwicklung in den Ländern des Südens. Demgegenüber stoßen aber in der DDR und der BRD die Diskussion und die Akzeptanz gesellschaftlicher Alternativen momentan auf große Widerstände. Unter der Losung "keine Experimente" wird die Bundesrepublik als der historische Idealtyp der Geschichte dargestellt und für die DDR der ausschließliche Weg einer nachholenden Entwicklung der scheinbar bewährten "sozialen Marktwirtschaft" gepriesen und gefordert.

Ein Kopieren von Entwicklung und Strukturen der BRD und ihrer gegenwärtig dominierenden neokonservativen Politikvariante wird aber weder unter dem Blickwinkel des europäischen Einigungsprozesses noch der Nord-Süd-Problematik den drängenden Anforderungen an alternative Gestaltung zukünftiger Gesellschafts-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gerecht. Sie liefe im europäischen Maßstab auf ein stark konservativ geprägtes Europa und die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes unter (bundes-)deutscher Vorherrschaft hinaus, der die sich transformierenden Länder Osteuropas, einschließlich der DDR (vgl. hierzu die Vorschläge der Bundesbank zur Wirtschafts- und Währungsunion mit den entsprechenden Umstellungssätzen von 2 : 1), als neue Billiglöhnländer und Märkte integriert und dabei die Entwicklungsländer weiter drastisch marginalisiert. Die Folgen wären eine Reproduktion und Stärkung der ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen, eine Zuspitzung des "Nord-Süd-Konflikts" und eine bedrohliche Verschärfung der Probleme in den Entwicklungsländern (Umweltkatastrophen, Hunger und Massenelend, Flüchtlingsströme, politische Destabilisierung).

Auf der Tagesordnung stehen aber - diktiert von der Notwendigkeit der Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschen in Nord und Süd wie Ost und West - ein radikal verändertes Herangehen an internationale Politik und Wirtschaft, das ungehemmte Macht- und Profitstreben der vergangenen Jahrhunderte, insbesondere gegenüber der Entwicklungswelt zurückdrängt und eine durchgreifende Neuordnung der Weltwirtschaft auf demokratische Weise herbeiführt. Das verlangt, die bisherige Weltmarktwirt-

schaft und internationale Arbeitsteilung, die die meisten Entwicklungsländer zu Lieferanten billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte degradierte und Unterentwicklung bzw. Entwicklung auf Kosten anderer erzeugte, durch eine neue friedensfördernde, "umwelt- und sozialverträgliche Weltarbeitsteilung" zu ersetzen, in der die alten Kriterien der Machtpolitik, kurzfristigen Profiterwirtschaftung, Übervorteilung etc. durch neue Kriterien und Werte überwunden werden wie gemeinsame Entwicklung und Interessenausgleich, Gleichberechtigung und Partnerschaft der Akteure, Umwelt- und Sozialverträglichkeit etc.

Ihre Umsetzung macht grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in den Entwicklungsländern, den sich neu integrierenden Ländern Osteuropas, aber auch in den führenden westlichen Industrieländern unabdingbar. Der Ruf nach Reformen, Strukturanpassungen und Veränderungen in den Entwicklungsländern war in den 80er Jahren Ausdruck der konservativ-neoliberalen Anpassungs- und Entwicklungsdoktrin und der wirtschaftspolitischen Rezepte von IWF und Weltbank mit verheerenden Auswirkungen auf Wirtschaft, Natur und breite Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern. Er wird heute an die Länder Osteuropas, sicher nicht ohne jede Berechtigung, aber einseitig und ultimativ, gerichtet. Die fehlende Bereitschaft zu notwendigen Reformen, strukturellen Anpassungen und Veränderungen, gerade in den kapitalistischen Zentren, stellt heute aber eines der Haupthemmnisse, vielleicht sogar das entscheidende, zu einer auf die Dauer tragfähigen Weltentwicklung dar. Nur dadurch eröffnen sich für breite Bevölkerungsschichten in Nord und Süd wie Ost und West gleichermaßen Perspektiven für ein menschenwürdiges Leben.

Die obigen neuen Anforderungen an Weltentwicklung und -politik sind unteilbar. Sie sind auch Bestandteil der Entwicklungsfrage unseres Landes, betreffen die Gestaltung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten und ihres Einigungsprozesses. Die Deutschen stehen am Scheideweg zwischen Neokonservatismus und Neuem Denken. Die Art und Weise der Lösung der "deutschen Frage", der Wandlungen in den Ländern Osteuropas und des europäischen Einigungsprozesses werden nachhaltig den weiteren Gang der Weltentwicklung beeinflussen. Sie hat eine enorme entwicklungspolitische Dimension, bietet neue Chancen, enthält aber auch enorme Herausforderungen und Gefahren für die Entwicklungsländer.

Chancen für die Entwicklungsländer aus dem Abbau der Ost-West-Konfrontation liegen in einer möglichen Entlastung, Entideologisierung und friedlichen Lösung regionaler Konflikte (südliches Afrika, Mittelamerika). Abrüstungsfortschritte in den entwickelten Ländern und in Europa können Spielräume für Entwicklungspolitik erweitern und Mittel aus der Abrüstung für notwendige entwicklungspolitische Ziele (Bekämpfung der Armut, Um-

weltschutz, Ausgleichsfinanzierung für Rohstoffpreise u.a.) in Entwicklungsländern freisetzen. Ein demokratischer, von Gleichberechtigung getragener Vereinigungsprozeß BRD - DDR könnte zu neuen deutsch-deutschen und europäischen Ansätzen für Entwicklungspolitik führen. In deren Gefolge könnte Europa eine besondere Rolle bei der Herbeiführung eines Interessenausgleichs in der Nord-Süd-Problematik (Mittlerfunktion in internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie IWF, Weltbank u.a.) spielen und zu einer grundlegenden Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Entwicklungsländer beitragen, sprich Schuldenerlaß, Gewährleistung stabiler und gerechter Rohstoffpreise, Abbau von Handels hemmnissen und Protektionismus zugunsten der Entwicklungsländer, Reduzierung bzw. Einstellung von Rüstungsexporten, Unterstützung des Aufbaus selbstbestimmter Volkswirtschaften etc.

Unter den Stimmen, vor allem aus den Entwicklungsländern, überwiegen aber *Befürchtungen* und *Besorgnis*, daß sich für die Entwicklungsländer aus den Umbrüchen in Europa eine Verschlechterung ihrer Lage, ein nachlassendes Interesse an den Problemen und Beziehungen zur Dritten Welt und eine gefährliche Forcierung von Marginalisierungs- und Abkopplungstendenzen in der Weltwirtschaft mit bedrohlich anwachsenden Verelendungsprozessen der Bevölkerung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ergibt.

Der bisher ohnehin begrenzte Ressourcentransfer Ost - West wird infolge der Krise in der Sowjetunion, des Zusammenbruchs der realsozialistischen Systeme in Osteuropa und der Krise des RGW stark reduziert oder sogar entfallen. Das wird vor allem sozialistische bzw. sozialistisch orientierte Entwicklungsländer mit traditionell engen Kooperationsbeziehungen zu den RGW-Staaten hart treffen (Kuba, Vietnam, VR Angola, Mozambique u.a.).

Mit der Einführung marktwirtschaftlicher Bedingungen und Systeme in Osteuropa werden Industrielle und Banken des Westens ihre Kapitalanlagen, technisches know how und Kredite in Erwartung günstigerer Bedingungen und Gewinne bevorzugt in diese Länder lenken, Investitionen in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas drosseln bzw. sogar zurückziehen. Staatliche Finanzierungsprogramme der entwickelten Industriestaaten werden prioritär zum Aufbau marktwirtschaftlich-kapitalistischer Strukturen in Osteuropa eingesetzt werden. Es besteht die Gefahr, daß Entwicklungshilfemittel für den Süden abnehmen und aus politischen und ökonomischen Gründen in Richtung Osten umgelenkt werden. Das betrifft die BRD infolge der anstehenden Vereinigung mit der DDR und der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion auf besondere Weise.

Politisch werden mit dem Verschwinden der "sozialistischen Gemeinschaft", den inneren Problemen der UdSSR und den sich zugunsten des Westens verschiebenden weltpolitischen Kräfteverhältnissen die Spielräume der Entwicklungsländer und ihre Verhandlungsmacht in den internationalen Beziehungen stark reduziert. Vor allem die Länder Lateinamerikas werden mit der Gefahr verstärkter Hegemonial- und Expansionsbestrebungen der USA konfrontiert sein, wie die USA-Intervention in Panama, der politische Druck auf lateinamerikanische Länder unter der Flagge der Drogenbekämpfung und die wachsende Aggressivität gegenüber Kuba beweisen. Eigenständigkeit und fortschrittliche Politik in dieser Region wie auch in anderen Entwicklungsländern wird es schwer haben.

Inwieweit gesichert werden kann, daß die Entwicklungsländer und ihre Menschen nicht ins Abseits geraten, wird davon abhängen, ob ausreichend politische Kräfte dafür im Süden wie im Norden mobilisiert werden können. Das erscheint im Moment schwierig. Aber jede verantwortungsbewußte Politik in den 90er Jahren muß sich - unabhängig von parteipolitischer Zugehörigkeit - der Dringlichkeit der Probleme in der Zwei-Drittel-Welt stellen, denn Frieden, Sicherheit und Wohlstand in einem vereinten Deutschland und Europa können dauerhaft nur gesichert werden, wenn solche Bedingungen zugleich in anderen Regionen geschaffen werden. Diese Zusammenhänge massiv ins öffentliche Bewußtsein zu tragen, ist Auftrag verantwortungsbewußter Wissenschaft.

Die Regierungserklärung von Lohgar de Maiziére vom 19. April 1990 bringt die notwendige globale, zivilisatorische Sichtweise von Politik in ihrem Plädoyer für "eine überlebensfähige Welt" verantwortungsvoll zum Ausdruck. Sie ordnet die deutsch-deutschen Probleme in die Problemlagen der Welt ein, gibt den "Sorgen und Nöten der Menschen in Entwicklungsländern" entsprechenden Stellenwert und formuliert daraus politischen Handlungsbedarf: "Die eigentlichen Probleme in unserer Welt ... sind nicht die deutsch-deutschen oder die Ost-West-Probleme. Die eigentlichen Probleme bestehen in der strukturellen Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd. Wenn daraus nicht eine tödliche Bedrohung für das Leben der Menschen erwachsen soll, haben wir uns an der Überwindung dieser Ungerechtigkeit zu beteiligen. Die Erzielung einer gerechten internationalen Wirtschaftsordnung ist ... aufgabe jedes Mitglieds einer Völkergemeinschaft ... Wir fühlen uns solidarisch mit den Menschen in der Dritten Welt und hoffen auf ein partnerschaftliches Miteinander." (vgl. Neues Deutschland, Berlin, 30. April 1990) Da allerdings die bisherige "Marktwirtschaft" die dafür notwendige "natürliche, international bewährte, effektive Wirtschaftsform" bietet, wie ebenfalls in der Regierungserklärung betont, muß kritisch hinterfragt werden.

Dr. sc. Steffen Flechsig, Sektion Lateinamerikawissenschaften, Rostock

Gerhard Melinz
NEUERE FORSCHUNGSTENDENZEN ZUR ZEITGE-
SCHICHTE DES NAHEN OSTEN
- Ein Literaturbericht

Seit dem Zweiten Weltkrieg stellen der Nahe und Mittlere Osten ein politisches Krisengebiet von eindringlicher Kontinuität dar. Die Öffentlichkeit in den europäischen Industriestaaten hat sich an die zyklische bis dauerhafte (Kriegs- und Krisen-) Berichterstattung längst gewöhnt, unter anderem weil es sich um Gebiete handelt, die ohne die Eingebundenheit in die Geschichte der islamischen Zivilisation nicht adäquat zu verstehen sind, ergibt sich qua klischeetriefend-eurozentristischer Medienberichterstattung in der breiteren öffentlichen Rezeption folgerichtig kaum ein Ansatzpunkt zum Verständnis der jeweils aktuellen Umstände.

Ein Bewußtsein, mit den historischen und aktuellen Entwicklungen und Krisen der Region verstrickt zu sein, besteht in den Industriestaaten kaum. Als mittlerweile eher schon historische Einmaligkeit kann auf die "Erdöl-Krise" des Jahres 1973 verwiesen werden, die längerfristig spezifische Feind- und Zerrbilder über "Araber", "Ölscheichs" usw. mit sich brachte. Im Gegensatz zum Abflauen der Ängste in Sachen "Ölhahn" blieb zumindest in Fernsehen und Gazetten der Palästina-Konflikt weiterhin präsent, wenngleich sich dabei die europäische - insbesondere natürlich auch die deutsche und österreichische - Bevölkerung ihrer historischen Verstrickung in diese "Verlängerung der europäischen Geschichte" (John Bunzl) nicht stellen möchte. Der Komplexität des "Libanon"-Themas u.ä.m. steht man erst recht desinteressiert bis stramm antiislamisch-eurozentristisch gegenüber.

Viele der aktuellen Konflikte können jedoch nur aus der Geschichte des Nahen Ostens begriffen werden. Zwei Neuerscheinungen¹ bestätigen deutlich, daß dieses "Krisengebiet am Rande Europas" wesentliche seiner heutigen Konturen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erhielt. Die Rede ist von einem Sammelband, dessen nunmehr für die Publikation nochmals überarbeiteten Beiträge auf eine internationale Konferenz zurückgehen und mit Recht als "der" Stand der internationalen Forschung angesehen werden können. In den Beiträgen untersuchen HistorikerInnen aus zwölf Ländern die Region des Fruchtbaren Halbmonds - Palästina, das Transjordanland, den Libanon, Syrien und Mesopotamien -, sowie auch die arabische Halbinsel und Kleinasien. Als zentrales Erkenntnis-

teresse stehen die "Wechselbeziehungen zwischen politischen, ökonomischen und ideologischen Faktoren" im Mittelpunkt der 21 Beiträge, welche die Phase der Zwischenkriegszeit untersuchen. Eine wichtige Ergänzung bietet die äußerst kompetente Studie von Dawletschin-Linder, die die Auswirkungen und Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Türkei und Ägypten vergleichend untersucht.

Publikationspolitisch von Relevanz ist die Tatsache, daß im zuerst genannten Sammelband die in Englisch gehaltenen Konferenzbeiträge nunmehr auf Deutsch vorliegen und vielleicht auf diese Weise bessere Voraussetzungen für die Rezeption internationaler Forschungsergebnisse durch die Geschichtswissenschaft und Orientalistik im deutschsprachigen Raum geschaffen wurden. Der Sammelband macht zudem deutlich, daß die Geschichte der Völker des Nahen Ostens nicht ohne Beteiligung von Wissenschaftlern aus diesen Ländern selbst "erörtert werden kann und darf", wie einleitend zu Recht betont wird; unübersehbar ist weiters, daß die zumeist jüngeren Autoren ihre Ausbildung nicht in ihren nächstlichen Heimatländern genossen haben und in zahlreichen Fällen im westlichen Ausland ihren Beruf ausüben. Das signifikante Übergewicht amerikanischer und britischer Universitäten auf der Teilnehmerliste widerspiegelt durchaus zutreffend, daß die wissenschaftliche Erforschung des modernen Orients heute "in einem erheblichen Maße" in den USA und Großbritannien - daneben auch in Frankreich - stattfindet und glücklicherweise dort über die entsprechenden Zentren und Ressourcen verfügt. Darüber hinaus gebührt diesen Forschungsinstitutionen das Verdienst, den wissenschaftlichen Nachwuchs stärker historisch und sozialwissenschaftlich orientiert ausgebildet zu haben, ganz im Gegensatz zur Dominanz philologischer und islamkundlicher Ausrichtung in der Orientalistik im deutschsprachigen Raum.

Die einzelnen Autoren des Sammelbandes nähern sich mit durchaus unterschiedlichen und bisweilen gegensätzlichen Positionen dem Konferenzthema; gleichsam als Konsens über alle Beiträge hinweg wird die Behauptung gestützt, daß die beiden Weltkriege "auch für die Geschichte des Nahen Ostens als die wichtigsten Zäsuren des 20. Jahrhunderts zu begreifen sind" (S.4). Kurzum: die Zwischenkriegszeit ist als "deutlich abzugrenzende Periode" anzusehen, "weil die Region verstärkt in die globale Entwicklung einbezogen wurde" und wie ohnedies alle Beiträge untermauern, "den politischen, strategischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Einflüssen und Machtansprüchen der Großmächte ausgesetzt war" (S.4).

Der Nahe Osten im Focus der Großmachtpolitik

Konkret schlug sich dies nicht nur in der zweimaligen Einbeziehung als Kriegsschauplatz, sondern, nach der Auflösung des Osmanischen Reiches, in der Unterwerfung wesentlicher Teile der arabischen Territorien des Osmanenreiches unter die militärische und politische Präsenz Großbritanniens und Frankreichs in Groß-Syrien, (durch den Völkerbund völkerrechtlich bekräftigt und als "Mandatsgebiete" zuerkannt) nieder. Welthistorisch von nachhaltigster Wirkung war die britische Mandats Herrschaft in Palästina bzw. die dem zuvorgegangene Entscheidung zugunsten einer britischen Garantie des Aufbaus einer "Jüdischen Nationalen Heimstätte" in Palästina unter Mißachtung der arabischen Interessen. Zwischen 1933 und 1945 löste außerdem die NS-Politik der Verfolgung und der Vernichtung der europäischen Juden eine "verhängnisvolle Kettenreaktion" (Alexander Schölich) aus, indem der Exodus der Juden aus Europa nach Palästina sich verstärkte und in dessen Konsequenz der Exodus der Araber aus Palästina und schließlich der Exodus der orientalischen Juden aus den arabischen Ländern folgte.

Die Mandats Herrschaft der Briten und Franzosen endete im Zweiten Weltkrieg bzw. unmittelbar nach dessen Ende mit der Entstehung unabhängiger arabischer Staaten und der Gründung und internationalen Anerkennung des Staates Israel im Jahre 1948. Wie in anderen Weltregionen wurde während des Zweiten Weltkriegs auch im Nahen Osten die militärisch-politische Vorherrschaft Großbritanniens endgültig von der amerikanischen Hegemonie abgelöst.

Das Engagement der USA im Golf wurde mit dem Vorwand, daß es nach dem Ende der britischen Mandats Herrschaft "ein strategisches Vakuum" gäbe, begründet, was u.a. auf die heraufdämmernde Ost-West-Konfrontation verwies. Saudi-Arabien wurde 1943 als "lebenswichtig" für die Verteidigung der nationalen Interessen der USA erklärt. Zur Schonung der eigenen Erdölquellen ging man während des Zweiten Weltkriegs - und zwar gegen die Interessen der verbündeten Briten - dazu über, verstärkt arabisches Öl durch multinationale Ölkonzerne zu fördern.

Muß die USA um 1945 als Gewinner - im Sinne eigener Interessensdurchsetzung - in der Region bezeichnet werden, so ist die Phase der "indirekten Kolonialherrschaft" (S. 83) von Frankreich in Groß-Syrien als Mißerfolg zu bewerten. Frankreichs dreigleisige koloniale Strategie - in Marokko erfolgreich angewendet - hatte im Nahen Osten eine andere Gesellschaft vorgefunden und stieß auf Widerstand. Die "Besonderheiten des Mandatssystems, die ökonomischen Beschränkungen für französische In-

vestitionen, die politische Unsicherheit in der französischen Politik zwischen den Weltkriegen und die Stärke der Opposition in Syrien" bedeuteten für die Franzosen schlechte Karten. Die starre Verwaltungspolitik streng nach der "marokkanischen Formel" engte den politischen Spielraum weiter ein; im Unterschied zu den flexiblen und feinfühligere britischen Konkurrenten in der Region brauchten die Franzosen sehr lange bis sie in großem Stile genaue Informationen und Vorstellungen über die autochthonen sozialen und ökonomischen Realitäten auszuwerten begannen. Zu spät, denn die lange Zeit unterschätzten nationalistischen städtischen Massen begehrten unterdessen die volle nationale Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit ihres Territoriums, was im sonstigen französischen Kolonialreich nicht in diesem machtvollen Ausmaß der Fall war.

Wenig erfolgreich waren auch die imperialistischen Aspirationen Italiens nach 1918: "weder eine dominante Position im adriatischen Raum", noch "ein Gleichgewicht der Mächte im östlichen Mittelmeerraum" oder gar die begehrte "Kolonialherrschaft in Afrika" wurden erreicht (S. 151). Der Kemalismus machte zuguterletzt die so sehr ersehnte Präsenz in Kleinasien gänzlich zunichte. Italiens einst erfolgreiche "Schaukelpolitik" erwies sich als nicht mehr praktikabel, in einer wahlweisen Anlehnung an Frankreich oder Großbritannien suchte man den Ausweg. In den 1920er Jahren gelang es den Italienern wenigstens, sich zum erfolgreichsten Konkurrenten der traditionell dominierenden Briten beim Export von Baumwollwaren in einzelne Länder des Nahen Ostens zu mausern. Doch gerade dieser Markt erlebte in der Weltwirtschaftskrise eine dramatische Veränderung, im Zuge derer bei den wichtigsten Importwaren der gesamten Region, bei Baumwollwaren, Seide- und Kunstseideprodukten, Japan es mit einer "beispiellosen Handelsoffensive" schaffte, die bis dahin führenden europäischen Exportländer zu übertrumpfen. Japan, gleichsam 'Neuankömmling' in der Region, verzichtete auf jegliche politische oder militärische Provokation, es konzentrierte sich auf eine auf Handelsinteressen ausgerichtete Diplomatie in den einzelnen Hauptstädten der Region und auf den Völkerbund, der seinen Mitgliedern sowieso die Meistbegünstigungsklausel beim Handel einräumte.

Als weiterer Herausforderer des im Ersten Weltkrieg entstandenen Machtgefüges im Nahen Osten sind noch die deutschen Regierungen der Weimarer Republik und des Dritten Reiches zu nennen. Ganz generell respektierte man von deutscher Seite in dieser Region die eindeutige Dominanz Großbritanniens. Einer der Beiträge argumentiert beispielsweise die These von der ungebrochenen Kontinuität der deutschen Palästinalpolitik von Wilhelm II. bis Hitler. Einer der im Sammelband vertretenen Autoren weist dies an anderer Stelle in dieser überzogenen Formulierung begründet zurück und warnt auch vor einer Überschätzung der Palästinalpolitik im

Rahmen der gesamten deutschen Politik im Nahen Osten. Vom selben Autor gibt es im Reader einen Beitrag zu den Beziehungen zwischen Deutschland und Saudi-Arabien in den 30er Jahren, demzufolge aus innenpolitischen und aus innerimperialistischen Konkurrenzgründen nicht sehr viel Handlungsspielraum gegeben war. Saudi-Arabien versuchte Berlin eine definitive Verpflichtung auf den Gebieten der bilateralen diplomatischen, kommerziellen und politischen Beziehungen zu entlocken, um so seine "Manövrierfähigkeit bei der Abwehr britischer und italienischer imperialer Übergriffe zu verstärken" (S. 127). Der nationalsozialistische Kurs in den Spätdreißigern brachte schließlich jedoch einen Rückzug (Ausstieg aus der Ölentwicklung, wirtschaftliche Autarkie, politische "Isolation") aus der Nahostpolitik mit sich. Die Saudis hielten an ihrer Version einer Politik der Neutralität weiter fest.

In der "klassischen" Forschung wurden zur Beschreibung und Erklärung der britischen Interessenspolitik im Nahen Osten in der Zwischenkriegszeit ausschließlich strategische bzw. geostrategische Überlegungen und Motive angeführt. Die neuere Forschung bestreitet dies keinesfalls, sieht in der bisherigen Überbetonung dieses Aspekts jedoch eine unter methodischen Aspekten zu statische Betrachtungsweise (S. 30, 50 f.), welche Schwankungen und Veränderungen und unterschiedliche Mischungsverhältnisse von strategischen, politisch-diplomatischen und ökonomischen Interessen nicht adäquat zu erfassen vermochte. In einem der Beiträge wird für das strategische Argument das Beispiel Transjordanien genannt, das im Vergleich zu Palästina uninteressant war, aber dennoch nicht Frankreich überlassen werden sollte. Die britische Politik in der Region war generell charakterisiert durch ein behutsames Vorgehen, das nach Möglichkeit spektakuläre Interventionen vermied und mit einigem Erfolg stets bemüht war, eine Minimierung der Ausgaben für die Mandatswahrnehmung zu verwirklichen. Großbritannien konnte nicht umhin, den lokalen Gemeinden und Regierungen in Etappen größere Befugnisse zu gewähren, die teilweise "von unten" auch erzwungen worden waren. Das ökonomische Interessensbündel Großbritanniens umfaßte Öl, Handel und Dienstleistungen, Schifffahrt, Luftlinien, Versicherungen, Banken, öffentliche Arbeiten, private Investitionen usw. Das Bewußtsein von der wachsenden ökonomischen Bedeutung dieser Region ließ Ägypten und den Irak (dieser vor allem wegen des Öls) besonders interessant werden. Die Kollision mit den Interessen von Verbündeten (USA, Frankreich) und von feindlichen Mächten (Italien, Deutschland) war unvermeidlich. Die Koordination und Ausbalancierung der verschiedensten Interessen oblag London und den "Männern vor Ort", was nicht immer einfach war, nicht einheitlich ablief; im Zweifelsfalle aber behielt London meist die Oberhand. Das System funktionierte in der Zwischenkriegszeit für Großbritannien einigermaßen gut, "war dies

doch seine große Zeit in dieser Region, da es bei der Erreichung vieler Ziele und der Sicherung seiner hauptsächlichlichen Interessen relativ erfolgreich war" (S. 51).

Weltmarktintegration, Weltwirtschaftskrise und materielle wie politisch-ideologische Folgen

Zur ökonomischen Entwicklung in der Zwischenkriegszeit bieten beide Bände wichtige neue Erkenntnisse. Nicht nur in (geo-)politischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht stellen die 20er und 30er Jahre eine wichtige und markante Etappe der Entwicklung des Nahen Ostens dar. Die Integration seiner im allgemeinen überaus rückständigen Wirtschaft in den Weltmarkt machte den Nahen Osten in dieser Zeit längst in hohem Maße von den Konjunkturen und Strukturen des Weltmarkts bzw. der Ökonomie in den Metropolen abhängig. Insbesondere der Verfall der Preise für agrarische Primärgüter und die Verschlechterung der 'terms of trade' insgesamt, verschärft durch die Verflechtungen mit den Währungen der westlichen (vorwiegend europäischen) Welt einschließlich signifikanter Importbeschränkungen zahlreicher Industriestaaten in den 30er Jahren, ließen die Weltwirtschaftskrise für die Länder und deren Bevölkerungen zu einem bedeutsamen Einschnitt ihrer Geschichte werden, was sämtliche Beiträge ausführlich belegen.

Gerade die Beiträge zur Türkei widerlegen gelegentlich vorherrschende Thesen, wonach Großgrundbesitz ein nur regional beachtenswerter Faktor gewesen sei, während sich die zahlenmäßig dominierende kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft aufgrund schwach entwickelter Marktbeziehungen und dank einer staatlichen Stützungs- und Reformpolitik im großen und ganzen gut behauptet hätte, ja sich selbst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise als widerstandsfähig erwiesen hätte. Das dies unzutreffend ist - und zwar auch für sämtliche andere Regionen des Nahen Ostens - wird durch zahlreiche historische Befunde gestützt: sämtliche Länder sind mehr oder weniger von ihren Agrarexporten abhängig (als Extrembeispiel Ägypten), auch dort wo es Agrarreformen (Bodenreform) gab, setzte sich der Trend zu weiterer Konzentration des Bodenbesitzes durch, die zunehmende Verschuldung der kleinbäuerlichen Produzenten (gegenüber Banken aber vor allem gegenüber großgrundbesitzenden Geldverleihern und städtischen Kaufleuten) brachte allerorts ein massives Bauernsterben mit sich, welches Abwanderung in die Städte nach sich zog. So kam es sowohl im Gefolge einheimischer Politik als auch vermittels der Einmischung durch die Mandatsmächte zu einer Verdrängung der Kleinproduzenten zugunsten des verstärkten Ausbaus 'reiner' weltmarktorientierter

Agrar-Exportproduktion und vielerorts in Form der Expansion des Großgrundbesitzes.

Die formal unabhängig(er)en Staaten des Nahen Ostens forcierten vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren in unterschiedlichem Ausmaß ihre Bemühungen um eine integriertere, stärker 'nationale' Entwicklung. Die Türkei als Kerngebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches transformierte sich zum ambitionierten Nationalstaat und reagierte auf die Krise mit ausgeprägt etatistischer Industrialisierungsförderung, sodaß hier mit aller Vorsicht von einem ökonomischen Strukturbruch zu sprechen ist. Ägypten als formell unabhängiges, wirtschaftlich und politisch jedoch stark von außen beherrschtes Land (so blieben die "Kapitulationen" aus osmanischer Zeit bis 1936 wirksam und wurden entscheidende Fäden im Lande vor allem von Briten geknüpft) betrieb schließlich in einer durch Krisen-Sachzwänge geprägten Situation eine Politik der Importsubstitution (einfache Konsumgüter), die allerdings durch gegenläufige britische und inner-ägyptische Interessen eingeschränkt blieb, während man in der Türkei, qua Konsens der herrschenden Eliten einen (durch eine korporatistisch-nationalistische Ideologie abgerundeten) konsequenten Etatismus verfolgte, der sich zudem im Unterschied zu Ägypten fast ausschließlich auf einheimische Finanzressourcen stützen konnte.

In den (zunächst) europäischen Mächten unterstehenden Mandatsgebieten dagegen war die Krise vor allem eine Triebfeder für die bereits angelaufenen Unabhängigkeitsbestrebungen und formalen Staatsbildungsprozesse. Die 1929 von den Briten eingeleitete Unabhängigkeit des Irak wurde 1932 Wirklichkeit, in Syrien/Libanon trat gegenüber der Teilungspolitik der Franzosen die Forderung nach Einheit als Antwort auf die Krise gegenüber einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den Vordergrund. Ähnliche Wurzeln hatten nationalistische Tendenzen auch in Ägypten. Während sich das Augenmerk der Mandatsmächte statt auf unmittelbare Krisenbewältigung vor allem auf die Sicherung zukünftiger Einflußsphären unter den herausziehenden Bedingungen eines formell entkolonialisierten und vor allem erdölproduzierenden (im Irak und in Saudi-Arabien bereits in den 30er Jahren) Nahen Ostens richtete, entwickelten sich im Irak und in Syrien/Libanon insbesondere in den Städten erstmals breitere Massenbewegungen im modernen Sinne, ohne daß dabei das politische System als solches ernsthaft gefährdet gewesen wäre. Insgesamt betrieb man in der Region einige schüchterne Versuche 'binnen'-orientierter wirtschaftlicher Belebensmaßnahmen (Schutzzölle, Infrastrukturmaßnahmen), in der Türkei und in Ägypten dagegen trugen staatliche Krisenbekämpfung und die vergleichsweise stärkeren (repressiven) Staatsapparate zur Dämpfung politischer Unruhe bei.

Die Geschichte der Region ist verbunden mit dem Kampf um staatliche Unabhängigkeit und nationale Selbstbestimmung, wofür die Kemalisten in der Türkei den augenscheinlichsten Beweis lieferten. In den anderen Territorien kamen diese Prozesse mit zeitlicher Verzögerung zum Tragen, und zwar insbesondere als Folge und im Gefolge der Weltwirtschaftskrise. Sowohl für den türkischen Kemalismus als auch für den arabischen Nationalismus sind europäische Vorbilder und Einflüsse unterschiedlichster Art (u.a. auch Faschismus und Nationalsozialismus) charakteristisch, während für die Zwischenkriegszeit das sowjetische Staats- und Gesellschaftsmodell keine relevante Anziehungskraft ausüben konnte.

In mehreren Aufsätzen des Sammelbandes und selbstverständlich auch in der Türkei-Ägypten-Vergleichsstudie wird erkennbar, daß der Kemalismus den "eigenständigste(n) Beitrag des Nahen Ostens zur Geschichte der Ideologien im 20. Jahrhundert" (Sammelband S. 19) darstellte. 1931 postulierte man als offizielle Kemalismus-Ideologie sechs Grundsätze: Republikanismus, Nationalismus, Populismus, Etatismus und Reform/Revolution. Überhaupt war es die Weltwirtschaftskrise, die die liberale Demokratie und den Kapitalismus westlicher Prägung diskreditierte und infolgedessen innerhalb des Kemalismus autoritäre und profaschistische Tendenzen die Oberhand gewinnen ließ. Parallel mit der Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus, den man in der Türkei als äußere Bedrohung empfand, entwickelte eine linke Strömung innerhalb der kemalistischen Bewegung eine antiimperialistische Position (rund um die dann verbotene Kadro-Gruppe), ein "früher Third-Worldism", wie immer wieder betont wird.

Die Frage, inwieweit die kemalistische Ideologie und Staatsauffassung Einfluß auf die arabischen Nachbarn der Türkei gewonnen hat, läßt sich endgültig aufgrund von Quellenlage und mangelnder expliziter Auseinandersetzung mit diesem Problem nicht klären. Die ursprüngliche enge Verbindung zwischen den Eliten der türkischen und arabischen Nationalisten in den Militärakademien und in der Armee der Spätphase des Osmanischen Reichs, die teilweise auch noch in den Jahren des türkischen Unabhängigkeitskampfes fort dauerte, erlitt mit der Auflösung des Kalifats durch das kemalistische Regime in der Türkei 1924 und der forcierten Politik der Säkularisierung einen Bruch, denn viele arabische Intellektuelle wollten den Islam als kulturelles Erbe auf der Suche nach neuer politischer Identität nicht missen. Eine dauerhafte Entfremdung war die Folge, die auch noch durch Grenzkonflikte mit dem Irak und Syrien verstärkt wurde. Im Irak und in Syrien teilte nur eine kleine westlich gebildete Schicht die Ansichten des Kemalismus von einer modernen säkularisierten Gesellschaft. In den arabischen Gebieten dominierte bei den Eliten als Ideologie der Panarabismus weltlicher Prägung, letztlich also, vom Denkmodell her, "die Ideologie der westlichen Eroberer" (Sammelband S. 384). Das Streben

nach Homogenisierung und nationaler Konsolidierung bedeutete in der Region mit ihren vielfältigen ethnischen (sprachlichen und religiösen) Minderheiten permanenten Konfliktstoff, im Nahen Osten traten derartige Konflikte gegenüber anderen Regionen allerdings mit unvergleichlicher Intensität hervor (bis auf den heutigen Tag). In politischer Hinsicht konnten die Liberalen und Linken bis zum Zweiten Weltkrieg kaum Einfluß gewinnen. In Syrien und im Libanon erwiesen sich konfessionelle Gegensätze und in Palästina der Konflikt zwischen arabischem Nationalismus und jüdischem Zionismus als spezifisch ungünstige Voraussetzungen für die Entwicklung einer internationalistischen bzw. kommunistischen Bewegung, auch wenn es seit den 20er Jahren Anfänge kommunistischer Gruppen und Parteien gab (in Palästina und Syrien/Libanon). Während die syrische KP unter der einheimischen arabischen Bevölkerung des Libanon entstand, lagen die Wurzeln der palästinensischen KP in der jüdischen Bevölkerung Palästinas, schließlich kam es angesichts des nationalen Problems zur Spaltung.

Abschließend sei vermerkt, daß ein knapper Literaturbericht natürlich keinesfalls auf das in beiden Bänden ausgebreitete Material und die zugehörigen historischen Befunde auch nur hinreichend verweisen kann. Ohne hier auf mögliche Forschungsdesiderata einzugehen - die ohnedies in beiden Publikationen reflektiert werden - darf die Behauptung vertreten werden, daß es sich hier um zwei neue Standardwerke zur Zeitgeschichte des Nahen Osten handelt, die weiterer Forschung eine solide Basis verleihen.

ANMERKUNG

¹ Linda Schatkovsky Schilcher, Claus Scharf (Hg.), Der Nahe Osten in der Zwischenkriegszeit 1919 - 1939, Stuttgart (Franz Steiner Verlag) 1989, 540 Seiten, DM 98,-.

Camilla Dawletschin-Linder, Die Türkei und Ägypten in der Weltwirtschaftskrise 1929 - 1933, Stuttgart (Franz Steiner Verlag) 1989, 183 Seiten, DM 68,-.

Dr. Gerhard Melinz, Preßgasse 25/20, A-1040 Wien

Kurt Kratena, Das Schuldenproblem der Entwicklungsländer - Lösungsansätze in einer neuen Weltwirtschaftsordnung, Europäische Wirtschaftswissenschaftliche Schriften, Band 1, Hrsg. vom Forschungsinstitut für Vergleichende Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Studien im Mittelmeerraum, Wien 1989.

Im Vergleich zum deutschsprachigen Ausland sind in Österreich Bücher über internationale, entwicklungspolitische Fragestellungen selten. Umso erfreulicher ist die sehr interessante Publikation von Kurt Kratena, die sich mit dem in Österreich relativ wenig beachteten Problem der Verschuldung der Entwicklungsländer befaßt.

Der Autor analysiert die Gruppe der 15 sogenannten "hochverschuldeten Länder". Nach einer kurzen, einführenden Darstellung der Entwicklung der Schuldenkrise stellt Kratena theoretische Modelle zum Schuldenproblem vor, die dann mit empirischen Ergebnissen konfrontiert werden. Es folgt ein Kapitel über Simulationen und Prognosen, das sich im wesentlichen mit dem Domar-Walther-Modell, sowie mit einer IWF-Prognose beschäftigt. Ein Kapitel über Länderrisiko und Bankverhalten - eingeleitet mit dem Keynes-Zitat ein solider Bankier sei einer, der auf konventionelle und orthodoxe Art zusammen mit seinen Kollegen bankrott gehe - sowie Lösungsvorschläge folgen. Der Überblick über diese ist nicht vollständig, wobei man fairerweise sagen muß, daß die Flut von Vorschlägen so gewaltig und unübersichtlich ist, daß es wahrscheinlich keine Publikation gibt, die in diesem Bereich Vollständigkeit erzielt. Trotzdem sollte auf das Fehlen der aufsehenerregenden Arbeit von Thomas Kampffmeyer verwiesen werden, die neben dem Vorschlag eines internationalen Ausgleichs auch eine sehr gelungene Präsentation zweier de facto Präzedenzfälle enthält, deren Präzedenzwirkung die Gläubiger nicht gelten lassen wollen: den Schuldennachlaß zugunsten Deutschlands in London, sowie das Indonesienabkommen. Hier hätte Kratena mit dem von ihm errechneten Zinsschock von ca. 100 Mrd. Dollar gut anknüpfen können, den er als möglichen Richtwert für einen Schuldennachlaß präsentiert.

Die Verbindung zwischen Schuldenkrise und Rohstoffpreisen, die der Autor schon in der Einleitung herstellt, führt zur Forderung nach einer Stabilisierung der Rohstoffpreise (neben der auch eine Stabilisierung des Dollarwechsellurses gefordert wird) als einen wesentlichen Bestandteil einer Lösung des Verschuldungsproblems. Dabei wird sehr stark auf Ideen J. Maynard Keynes' zurückgegriffen. Auch der Vorschlag (S. 242 f.), daß

Zahlungsbilanzüberschußländer 30 % der Überschüsse "teils als verlorene Zuschüsse, teils als Einlage" bei multilateralen Entwicklungsbanken einzahlen sollten, ist eine Modifikation der Keynes'schen Position, ungenützte Überschüsse einfach zu streichen. Daß nicht Keynes', sondern die US-Vorstellung in Bretton Woods durchgesetzt wurde - und der IWF in den Grundzügen seiner heutigen Struktur entstand - hätte Skepsis darüber aufkommen lassen sollen, ob der politische Wille tatsächlich international vorhanden ist, der nach historischer Erfahrung schwierige Probleme, wie Exportquoten oder Modalitäten von Ausgleichslagern zu "Detailfragen, die leicht lösbar sind", reduziert. Auch die Ansicht, daß sich Öl ganz besonders zur Preisstabilisierung eigne, kann im Lichte der Erfahrung der 80er Jahre durchaus diskutiert werden. Interessant und eigenständig ist der Vorschlag, Überschußländer vor die Wahl zu stellen, entweder ihre Importnachfrage zu erhöhen oder in Form einer Reduktion der Arbeitszeit das Angebot an eigenen Exporten zu reduzieren.

Insgesamt wird die Rohstoffproblematik im letzten Kapitel etwas zu kurzorisch behandelt, wozu offenbar die sehr problematische Annahme des internationalen, politischen Lösungswillens verleitet hat. Eine detailliertere Ausarbeitung zumindest des Rohstoffbereichs der Neuen Weltwirtschaftsordnung hätte man aufgrund des Titels erwartet. Hierdurch hätte der letzte Teil des Buches sicherlich gewonnen.

Gestützt auf Sekundärliteratur - weder Prebisch noch Singer finden sich in der Literaturliste - wird die Prebisch-Singer-These leider falsch dargestellt. Zwar erwähnt Kratena selbst den Unterschied zwischen Theorie und Praxis in Lateinamerika (S. 224), doch hindert ihn dies nicht zu behaupten, daß "die Bedeutung des Exportsektors gering geschätzt" würde, weil "gemäß der Prebisch-Singer-These ... Entwicklungsländer im Export nur verlieren können" (S. 221). Dies steht in klarem Gegensatz zur publizierten Meinung beider Autoren, die Exportdiversifizierung fordern - es sei beispielsweise auf den Artikel Prebischs im *American Economic Review*, Mai 1959 verwiesen, wo er exportpolitische Vorstellungen entwickelt, die recht stark an die spätere Politik Südkoreas oder Taiwans erinnern. Auch sprachen Prebisch und Singer - und seit kurzem tun dies auch die Bretton-Woods-Zwillinge - von einer niederen, nicht aber einer negativen (cf. S. 52) Einkommenselastizität für Rohstoffe. Ein Hinweis auf neuere, empirische Arbeiten zur Prebisch-Singer-These, wie Spraos oder Sapsford, die belegen, daß die Austauschverhältnisse der Rohstoffexporte statistisch nachweisbar sekulär gesunken sind, hätte gut auf S. 52 gepaßt und den Zusammenhang, den Kratena zwischen Rohstoffpreisen und Verschuldung herstellt, argumentativ verstärkt.

Der Autor behandelt kurz die Frage der Auswirkungen der Ölpreissteigerungen auf das Anwachsen der Verschuldung und relativiert den Beitrag

des Öls, der gerne und oft übertrieben wird. Im Hinblick auf die Leistungsbilanzüberschüsse der OPEC jedoch, erliegt er - etwas im Widerspruch zu den eigenen Quellen - der Mär vom "Rezyklieren der OPEC Gelder". In seiner Tabelle 18 (S. 100), die er von Dehmel übernimmt, die aber letztlich auf den Zahlen der Bank of England basieren dürfte, werden Bankeinlagen von 158 Mrd. Dollar durch die OPEC im Zeitraum 1974 bis 1982 genannt, also ca. "20 Mrd. \$ jährlich an Einlagenzuwachs". Selbst wenn man die Kreditaufnahme von OPEC-Ländern selbst hiervon nicht abzieht, wie Dehmel dies tut, der diese Gelder zur OPEC Überschußliquidität addiert - hierbei handelt es sich immerhin um 77 Mrd. Dollar -, so wären diese Summen keineswegs so hoch, daß man die Liquidität der 70er einfach auf das Rezyklieren der OPEC-Gelder zurückführen könnte, wie ein kurzer Blick auf die Dimensionen des Euromarkts beweist. Wenn man nicht annimmt, OPEC-Länder hätten Gelder aufgenommen, um diese dann sofort wieder bei Banken als Einlagen zu deponieren - was schon im Hinblick auf die Zinsendifferenz wenig wahrscheinlich erscheint -, so bleiben eigentlich nur 81 Mrd. Dollar an Geldern, die netto durch die OPEC dem internationalen Bankensystem zur Verfügung gestellt wurden, was die Rezyklierungsthese noch weniger haltbar macht. Interessanterweise wird zwar die US-Geldpolitik als Faktor der Liquiditätsverknappung erwähnt, nicht jedoch die gewaltigen, rüstungsbedingten Budgetdefizite der Administration hinter Reagan, die durch zusätzliche Nachfrage nach Krediten ganz wesentlich zur Verschuldungsmisere beigetragen haben.

Die Rezyklierungsbehauptung ist nicht das einzige, was der Autor gelegentlich unkritisch vom Bankapparat übernimmt. Auf S. 172 etwa zitiert er die Meinung, die Margen hätten nicht ausgereicht, die Kosten der Verluste je zu decken. Natürlich entspricht bei keinem nicht zurückgezahlten Kredit der über die Zeit aufsummierte Risikoaufschlag der ausgefallenen Rückzahlung. Risikoaufschläge bei Krediten sollen bekanntlich dem Erwartungswert eines Rückzahlungsausfalls entsprechen. Dieser war nach der Souveränen Risiken Hypothese null, die höheren Aufschläge für Entwicklungsländer, die auch in den 70er Jahren bei absolut geringeren Prozentpunktaufschlägen relativ bedeutend waren, wurden daher damals von Anhängern dieser These zu Unrecht verlangt. Wenn, wie der Autor (S. 174 f.) richtig anmerkt, die genauen Daten vielfach fehlten, erhebt sich auch die Frage, wie denn das Risiko korrekt berechnet wurde, ohne daß man auch nur die Höhe der Verschuldung eines Landes gekannt hat.

Auch die Behauptung auf S. 207, die exzessiven Profite der Periode 1982 - 1986 "sind dadurch zustande gekommen, daß die Banken begonnen haben, die notleidenden Forderungen abzuschreiben, wie es das US Bankenaufsichtssystem vorsieht", ist unhaltbar. Zum Unterschied von den Europäern, die bei behauptetem höherem Risiko tatsächlich Rückstellun-

gen gebildet hatten, begann dieser Prozeß bei den großen US-Banken im wesentlichen erst mit der Initiative der Citicorp, also nach 1986. Die großen Gewinne der ersten Jahre der "Schuldenkrise", die selbst der *Financial Times* und den US-Gesetzgebern anrühlich erschienen, wurden hingegen an die Eigentümer ausgeschüttet.

Die vorgebrachte Kritik sollte jedoch nicht den Blick auf die Verdienste des Buches verstellen. Hierzu zählt vor allem die präzise Darstellung der theoretischen Modelle, sein Versuch, den Zinsschock zu quantifizieren, sowie - trotz mancher Einwände - auch die Analyse der Entstehung der Verschuldung. Das Buch kann zwar nicht vorbehaltlos empfohlen werden, es handelt sich jedoch insgesamt um eine recht interessante und gute Arbeit, die es verdient, gelesen zu werden.

Kunibert Raffer

Johannes Heising, Entwicklung und moderne Philosophie in Schwarzafrika. Wege zu einer unbekannten geisteswissenschaftlichen Tradition. Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1990. 193 Seiten, DM 48,-.

Der Titel dieses Buches gibt zwar den Inhalt dieser Schrift wieder, nicht jedoch die Form, die für die Darstellung - vor allem der zeitgenössischen Philosophie Afrikas - gewählt wurde. Es handelt sich um eine *Bibliographie*.

Wer sich eine theoriegeleitete und/oder kritisch orientierte Untersuchung erwartet, wird nicht auf seine Rechnung kommen. Wer sich allerdings einen ersten Einblick in die Vielfalt der Strömungen modernen philosophischen Denkens in Afrika verschaffen will, wird dies anhand einer Übersicht tun können. Im ersten Teil des Buches werden Zugangswege zu afrikanischen philosophischen Publikationen (Bibliographien, Fachzeitschriften, Tagungsberichte, Monographien) aufgezeigt. Im Hauptteil des Buches werden die auf "Entwicklung" bezogenen philosophischen Beiträge afrikanischer Denker inhaltlich erschlossen. Ein besonderes Problem dieses Buches bildet die Selbsteinschränkung des Verfassers, indem er "in strenger Anwendung der hermeneutischen Methode vermeidet, eigene Vorstellungen und Ideen in die Arbeiten der rund 30 afrikanischen Denker hineinzutragen oder sie aus westlicher Sicht zu interpretieren und zu kommentieren" (S. 10). Auf diese Weise befindet sich der Leser - wenn auch nicht vom Verfasser beabsichtigt - sehr rasch vor einem Sammelsurium von Themen, Aussagen, Denkgehalten. Hermeneutik schließt nicht Theoriegeleitetheit aus. Selbst die Klammer "Entwicklung" wird nicht erklärt, in irgendeinen expliziten Problemzusammenhang gestellt.

Der Verfasser nimmt einzelne Publikationen der ausgewählten afrikanischen Philosophen her und versucht eine Zusammenfassung auf ein bis vier Seiten. So ergibt sich ein buntschillerndes Bild des Entwicklungsbegriffes. Die Suche nach Gemeinsamkeiten, Divergenzen bleibt weitgehend dem Leser überlassen.

Bedauerlich ist, daß in der Darstellung wörtliche Zitate fehlen, die einen weniger gefilterten Zugang zu Sprache und Ausdrucksform der einzelnen Denker erlauben würden.

Jener Leser, der sich in diesem Handbuch auf die Suche begibt, wird da und dort Anregungen finden, kleine Entdeckungen machen. So zum Beispiel bei Moukenge-Ndibuo, wo es heißt: "Mehr als die zum Universum ge-

hörende Materie stellt die menschliche Person für den Afrikaner den Wert dar, um den sich alles lagert." (S. 129) Ein Vergleich mit anderen Philosophen und eine empirische Bearbeitung dieser Hypothese wären lohnend, steht sie doch einer Beobachtung des Chinaforschers Joseph Needham sehr nahe, der in der stark sozial- und personbezogenen Orientierung des Konfuzianismus eine Ursache für die mangelnde Weiterentwicklung wissenschaftlichen Denkens in China sieht.

Das vorliegende Buch zeigt - zusammenfassend - einmal mehr, daß die interkulturelle Entwicklungsforschung an Bedeutung zugewinnt und einen wichtigen Teil in den Nord-Süd-Beziehungen ausmacht.

Franz Kolland

AUTORENNOTIZEN

AL-ANI, Ayad,
Mag., hat Handelswissenschaft und Politikwissenschaft in Wien studiert und ist Doktorand an der Wirtschaftsuniversität. Er ist als Unternehmensberater in Wien tätig.

ANDRAE, Franz,
Dipl.Ing. Dr. Geboren 1942 in Niederösterreich. Nach dem Studium der Forstwirtschaft Tätigkeit an der Forstlichen Bundesversuchsanstalt in Wien. 1968 - 1979 an der Bundesuniversität Santa Maria, Brasilien. Seit 1979 Universitätsassistent an der Universität für Bodenkultur, Wien; seither kürzere Aufenthalte in Zambia, Mexico, Brasilien, Algerien und Nicaragua.

FLECHSIG, Steffen,
Dr., Sektion Lateinamerikawissenschaften, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Friedrich-Engels-Straße 104/107, DDR-2500 Rostock 1.

FORSTER, Jacques,
Dr. oec., Professor und Direktor des Institut universitaire d'études du développement (IUED), Genf, Schweiz; Verantwortlicher Redakteur des Jahrbuchs Schweiz-Dritte Welt.

STORER, Peter,
Mag., geb. 1965; 1983 - 1990 Studium der Politikwissenschaft und der Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Oktober 1988 bis März 1989 Forschungsaufenthalt in Brasilien.

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN:

1. Umfang:
Der Beitrag darf den Umfang von 20 Seiten (1 1/2zeilig, einschließlich Anmerkungen und Literaturverzeichnis) nicht wesentlich überschreiten. Wird dieser Umfang überzogen, muß die Autorin/der Autor mit der Auflage einer Kürzung rechnen.
2. Zitierweise:
Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Sofern auf Literatur verwiesen wird, soll dies im Text selbst, und zwar folgendermaßen geschehen: "wörtliches Zitat" (Myrdal 1982, S. 40) oder: dem Sinn nach (vgl. Elsenhans 1984, S. 131 ff.). Fußnoten bzw. Anmerkungen sind durchlaufend zu numerieren.
3. Zusammenfassung:
Es wird ersucht, eine knappe Zusammenfassung auf Englisch beizulegen.
4. Autorennotiz:
Bitte schicken Sie gemeinsam mit Ihrem Artikel auch eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.
5. Begutachtungsverfahren:
Sämtliche einlangende Manuskripte werden von der Redaktion begutachtet. Wissenschaftliche Manuskripte werden zusätzlich zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Die Namen der Begutachter werden von der Redaktion vertraulich behandelt. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme eines Artikels in das JEP bleibt der Redaktion vorbehalten.

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, 1030 Wien; Redaktionsschluß für die einzelnen Nummern: 15. 1., 15. 4., 15. 7., 15. 10.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

- 1990/3 Salzburger Vorlesungen zur Entwicklungspolitik
- 1990/4 Ökologie und Entwicklung
- 1991/1 Betriebswirtschaftliche Probleme in Entwicklungsländern

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien